

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 18663

**Anzeigen** kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Anzeigen für 10 Tage 30 Pfg. Schwere Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.— Mk. — Schluß der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer-Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die sozialdemokratische Friedensinterpellation.

Zwei Reden des Reichskanzlers. — Ein Zwischenfall im Reichstag. — Landsbergs Auffassung. — Günstiges Fortschreiten der Kämpfe am Wardar.

### Die neuesten Meldungen.

#### Die deutschen Unterseeboote im Mittelmeer.

London, 10. Dezember. Der Marinemitarbeiter der Morning Post schreibt: In den letzten fünf Wochen sind über 30 britische, französische und italienische Schiffe, darunter auch Transportschiffe, im Mittelmeer versenkt worden. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Ähnliche Berichte darüber sind selten veröffentlicht worden. Die meisten Nachrichten kamen vom Kloyd. Es ist anscheinend unmöglich, die österreichischen Häfen zu blockieren. Auch die Einfahrt in das Adriatische Meer scheint keinem Feinde verschlossen zu sein.

#### Schiffsunfälle.

London, 10. Dezember. Daily Telegraph meldet aus West: Der britische Dampfer Star of New Zealand, mit einer Ladung Gefrierfleisch von Montevideo nach Havre unterwegs, ist nahe der Insel Molens aufgelaufen. Das Schiff gilt als verloren. Die Mannschaft ist von einem andern Schiff gerettet und in West gelandet worden.

London, 10. Dezember. (W. T. B.) An Bord des im Hafen liegenden Schiffes Liverpool brach ein Feuer aus. Das Schiff ist gesunken.

#### Wilson wieder Präsidentschaftskandidat.

Washington, 10. Dezember. (Reuter.) Das demokratische Nationalkomitee beschloß, daß der Nationalkonvent zur Aufstellung eines Kandidaten für die Präsidentschaft am 14. Juni in St. Louis abgehalten werden soll. Das Komitee nahm einstimmig eine Entschließung an, Wilson als Kandidaten aufzustellen.

#### Von den Kämpfen in Mesopotamien.

London, 10. Dezember. (W. T. B.) Im Unterhause erklärte Chamberlain über die Kämpfe in Mesopotamien, daß Verstärkungen abgefordert worden seien, bevor der Kampf bei Attefshon begonnen habe; einige seien bereits eingesetzt. Aquith sagte, die Handelsprobleme, die voranschreitend nach dem Kriege auftauchen würden, würden vom Handelsamt und vom Auswärtigen Amt erwogen, die dabei durch Geschäftsleute unterstützt würden.

#### Der Nobel-Friedenspreis wird nicht verteilt.

Kristiania, 10. Dezember. (W. T. B.) Das Nobelkomitee des norwegischen Storting beschloß, den reservierten Nobel-Friedenspreis 1914 nicht zu verteilen, sondern gemäß § 5 der Grundregeln der Nobelstiftung den Betrag des Friedenspreises dem besonderen Fonds des Komitees zu überweisen. Bezüglich des Friedenspreises 1915 beschloß das Komitee, den Preis nicht zu verteilen, worauf der Preis gemäß § 5 der Grundregeln der Stiftung für das nächste Jahr reserviert bleibt.

#### Griechenland und die Entente.

Athen, 9. Dezember. (Havas-Meldung.) Minister Rhallis wird mit General Sarrail die Einzelheiten der Lage erörtern. Hierauf werden amtliche Besprechungen zwischen der griechischen und der französischen Militärkommission stattfinden. In besprochenen Kreisen ist man überzeugt, daß ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden wird.

Saloniki, 9. Dezember. (Reuter.) Zwei Offiziere des griechischen Generalstabs sind hier aus Athen angekommen, um mit den englisch-französischen Militärbehörden die Einzelheiten des Abkommens zwischen den Ententemächten und Griechenland zu regeln.

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 9. Dezember befinden sich auf der 3. Seite.**

**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Klärung.

Wenn es der Zweck einer parlamentarischen Interpellation ist, in einer bestimmten politischen Situation Klarheit zu schaffen, dann hat die sozialdemokratische Interpellation ihre Aufgabe in mehr als einer Beziehung restlos erfüllt. Sie hat ein Faual aufgestellt, das weithin leuchtet und erbarmungslos von den Dingen, die zu kennen und zu wissen, eine unbedingte Notwendigkeit ist, den Nebelschleier wegreißt.

Freilich, unsere Wünsche gingen auch noch nach einer andern Richtung. Wir hofften, daß durch die Debatte im Reichstag die Plattform für eine internationale Friedenskonferenz gestimmt worden wäre. Das ist wohl nicht erreicht worden, und einige gute Ansätze, die sich in der Rede des Genossen Scheidemann fanden, wurden durch die Ausführungen des Reichskanzlers und — mit lebhaftem Bedauern muß es gesagt werden, durch die Worte des Genossen Landsberg wieder abgebaut. Aber nichtsdestoweniger möchten wir den gestrigen Tag nicht missen, denn auch dieses negative Ergebnis ist politisch wertvoll. Sprechen wir zunächst von ihm. Das Grundthema der Erörterung schlug Herr v. Bethmann in seiner ersten Rede an, die die allgemeine militärische Lage behandelte: Deutschland ist stark, seine gewaltigen militärischen Erfolge sind unbestreitbar, für die Zukunft können wir die schönsten Erwartungen hegen. Deutschland hat also keine Veranlassung, um Frieden zu bitten oder seine Friedenssehnsucht zu betonen. Scheidemann zog aus denselben Tatsachen einen andern Schluß. Weil Deutschland so stark ist, deshalb kann niemand in der Welt es als Schwäche auslegen, wenn wir den Frieden wünschen. Die Umstände sind danach angetan, daß wir vom Frieden reden dürfen und vom Frieden reden müssen. Scheidemann legte einen etwas zu starken Ton auf diesen Rechtfertigungsgrund für das Auftreten der Sozialdemokratie; er wies ferner der Regierung nicht deutlich genug den Weg, auf dem es nach sozialistischer Auffassung möglich sein müßte, die Schrecken eines Aufreibungskrieges zu vermeiden, endlich wurde die Wirkung seiner an sich erfreulich entschiedenen Absage an die deutschen Annexionisten abgeschwächt durch die allzu starke und häufige Unterstreichung der Nachteile im Lager der andern — aber immerhin war seine Rede ein erster Versuch, eine Brücke zum Feinde hinüberzuschlagen, und man hätte meinen sollen, daß der Reichskanzler sie betreten könnte, ohne sich, der Würde Deutschlands und seiner politischen Zukunft das geringste zu vergeben. Leider war Herr v. Bethmann anderer Ansicht, und indem er in der Beantwortung der Interpellation seinen alten Faden fortspann, kam er zu einem Resultat, das sich von dem Scheidemannschen Wünsche, die deutsche Regierung möge den ersten Schritt zum Frieden tun, himmelweit entfernte.

Wir können — das ungefähr war der Gedankengang des leitenden Staatsmanns — vom Frieden und seinen Bedingungen nicht eher reden, als bis die Feinde zur Erkenntnis ihrer Schuld und zu einem Verständnis für ihre ungünstige Lage gelangt sind. Sie müssen den ersten Schritt tun.

Wie ist diese Stellung zu rechtfertigen? Warum in aller Welt kann Deutschland nicht vorangehen? Warum kann die deutsche Regierung nicht durch ein erneutes, gerades Bekenntnis zu den Grundfäden, mit denen sie ihrer eignen Verpflichtung nach in den Krieg eingetreten ist, den Versuch zu einer Verständigung mit den fremden Regierungen machen, und wenn dieser Versuch fehlschlagen sollte, vor den Augen der eignen Nation und aller Welt die volle Verantwortung für die Fortsetzung des grauenvollen Blutvergießens der Entente aufbürden? Der Reichskanzler hält das für unmöglich. Aber er hat dann diesen Standpunkt, der einfachen Ablehnung doch noch wieder verlassen, um Kriegsziele — nicht auszusprechen, aber anzudeuten, die einen geradezu frontalischen Beifall bei der Rechten und jubelnde Zustimmung bei den erobungslustigen Heimkehrern auf den Tribünen des Hauses hervor-

rufen. Er sprach von der Würde und Sicherheit Deutschlands, von der Notwendigkeit der Verrammung der Einfaltstore in Ost und West, von der Verschärfung der Friedensbedingungen bei längerer Ausdehnung des Krieges, kurz und gut, er sprach so, daß selbst ein Arentschor ihm alles wird abbiten müssen, was er Böses über ihn geschrieben und ausgedacht hat.

Wir müssen — sagen wir es offen — dem Kanzler dankbar sein für die Worte, an denen nur die Feigheit zu brechen und zu denken vermag. Und nicht geringerer Dank gebührt den bürgerlichen Parteien, die durch den Mund des Zentrumsführers Scheidemann und der Sozialdemokraten, Genossen Scheidemann, einen klaren Blick in die Zukunft haben. Zum erstenmal haben sie in einer Form, die eine nachträgliche Klärung und Abklärung nicht gestattet, ihre wahren Absichten von der Tribüne des Reichstags verkündet.

Das vor aller Welt festzustellen, wäre Sache des zweiten sozialdemokratischen Redners gewesen. Allein der Genosse Landsberg hat in einer Weise verfahren, wie in so schicksalsschwerer Stunde wohl noch nie ein Sprecher der Sozialdemokratie verfahren hat. Er schien es als seine Aufgabe anzusehen, die gewaltigen Bogen der Erregung zu glätten, die die unerschütterte Vererbung der Tradition des Hauses durch die bürgerlichen Parteien hervorgerufen hatte, und er betrachtete es offenbar als seine Ehrenpflicht, die gute Meinung zu rechtfertigen, die der Liberale Herr v. Payer in der Geschäftsordnungsdebatte über ihn geäußert hatte. Statt die erste und wichtigste Aufgabe des Sozialdemokraten zu erfüllen und auszusprechen das was ist, gab Landsberg sich die größte Mühe, den Akt wieder zu verkleinern, der wenige Minuten zuvor mit so elementarer Gewalt zutage getreten war, und er befolgte dann wieder die Taktik, die wir bei der nationalliberalen Partei so oft verurteilt und verhöhnt haben: er suchte die Worte des Kanzlers so lange zu verzerren und zu pressen, bis sie harmlos, ja, bis sie sozialistisch ausliefen. Der Beifall, den er bei den Bürgerlichen fand, war reichlich verdient, und wahrscheinlich würden die Graf Westarp, Bassermann und Payer die Unklugheit des Versuchs, ihn nicht zu Wort kommen zu lassen, nicht begangen haben, wenn sie sein Konzept gekannt hätten. Vielleicht hätten sie sogar ihm statt Spain das Schlußwort übertragen.

Aber der falsche Schritt war inzwischen getan, und er hatte zur Folge, daß Haase, der die rechten Worte im rechten Moment fand, wie nach ihm Lebebour, Stadthagen und Dieblich auch zur Frage des Friedens mancherlei sagen konnten, was das Volk hören wollte und was der Versicherung Landsbergs, er spreche im Namen der Fraktion, erfreulicherweise ihre Bedeutung raubte. Vielleicht haben diejenigen Mitglieder der Fraktion, die den Standpunkt Landsbergs nicht teilen, ein zu großes Opfer gebracht, als sie nach seiner Rede nicht auch ihrerseits das Wort ergreifen, aber ihr Schweigen wird deshalb leichter zu verschmerzen sein, weil für die Parteigenossen draußen im Lande weitere Bemerkungen überflüssig waren. Einen gewissen Ersatz bietet außerdem die Erklärung von bis jetzt 31 Fraktionsmitgliedern, die sich auf den Boden der Ausführungen stellen, die Genosse Haase in der Geschäftsordnungsdebatte gemacht hat. Die Namen dieser Genossen sind uns noch nicht bekannt.

Nun haben die zunächst recht beholten, die da sagten, wir würden durch die Interpellation dem Frieden nicht näher kommen. Aber die Schuld tragen nicht wir, die die freie Ansprache im Reichstag verlangten, und wer weiß, ob nicht die Klarheit, die verbreitet worden ist, mittelbar auch unserm Ziele dient!

Eine bemerkenswerte Kritik der Landsberg'schen Rede von bürgerlicher Seite finden wir im Berliner Tageblatt. Es schreibt:

Nachdem sogar die liberalen Herren im Reichstag endlich, dem Beispiel des Reichsparteilers Schulz folgend, dem zweiten sozialdemokratischen Interpellanten Redezeit gewährt hatten, ergrieff am Schluß der gestrigen Sitzung der Abg. Dr. Landsberg das